richtet werden. Wenn die Regierung daher eine Einwirkung auf die von ihr geleitete Masse selbst ausüben wolle, bleibe ihr nichts anderes übrig, als der Sozialdemokratie in ihrer eigenen Presse zu Leibe zu gehen. Die Frage, wie das zu erreichen sei, beantwortet Herr Schmittendorff folgendermaßen: „Durch eine einfache Ergänzung des § 11 des Preßgesetzes dahin, daß der Presse allgemein die Verpflichtung auferlegt wird, auf jede Auslassung jeglicher Art — also auch auf Reichstags- und Landtagsberichte, Inserate und dergl. — eine Erwiderung der Regierung oder einer bestimmten Regierungsstelle in der nächsterscheinenden Nummer der Druckschrift an gleicher Stelle und in gleichem Druck aufzunehmen, und zwar bis zu gleicher Zeilenzahl unentgeltlich, darüber hinaus gegen Zahlung der üblichen Insertionsgebühren. Um zu verhindern, daß unter dem Vorwande, es handle sich um keine Erwiderung, der Verpflichtung nicht nachgekommen wird, ist der Presse schlechthin aufzuerlegen, jede Auslassung der betreffenden Regierungsstelle aufzunehmen, vorbehaltlich des klagbaren Anspruchs auf Zahlung von Insertionsgebühren für eine als Erwiderung nicht anzusehende Auslassung. Was die praktische Ausübung des der Regierung einzuräumenden Rechtes anbelangt, so wird es zweckmäßig sein, eine besondere Preßabteilung, die sich ausschließlich mit der Kontrolle der Presse und der Ausarbeitung der für die Presse bestimmten Artikel befaßt, einzurichten." Dazu bemerkt die „Deutsche Tagesztg.": „Der Vorschlag ist gewiß gut gemeint; aber einerseits undurchführbar, andererseits bedenklich. Daß die notwendige Ergänzung des § 11 des Preßgesetzes im Reichstage eine Mehrheit finden werde, daran ist ernstlich nicht zu denken. Aber selbst, wenn das der Fall sein sollte, so würden wir uns von einem derartigen Vorgehen recht wenig versprechen. Es würde natürlich der Sozialdemokratie niemals einfallen, in ihrer Presse der Regierung das letzte Wort zu lassen. Es würde sich also das Zwiegespräch zwischen der Redaktion des sozialdemokratischen Blattes und der Regierung wochen- oder gar monatelang durch die Spalten durchschleppen und nach und nach alles Interesse verlieren. Findige sozialdemokratische Redakteure würden die Artikel, die eine Erwiderung der Regierung herausfordern sollen, möglichst kurz, aber doch so gestalten, daß die Richtigstellung der Regierung sehr ausführlich sein müßte, um wirksam zu sein. Sie würden dadurch ihren Blättern eine hübsche Nebeneinnahme sichern, da jede Zeile, um die der Regierungsartikel länger ist, als die Auslassung des betreffenden Blattes, nach dem Anzeigentarife bezahlt werden müßte."

Die Seßhaftmachung deutscher Arbeiter im Osten soll versucht werden. Das Zustandekommen von Arbeitersiedlungen, die der Kreis Briesen zur Seßhaftmachung ländlicher Arbeiter zunächst in der Gemeinde Labenz anzulegen gedenkt, ist nach der „Ostd. Rundsch." jetzt gesichert, da schon eine größere Zahl von Arbeitern feste Verträge mit dem Kreise abgeschlossen hat. Die Arbeiterstellen sind 4 bis 5 Morgen groß; jede Stelle wird ein Häuschen mit Stall und Tenne erhalten. Der Erwerber hat 100 Mk. Anzahlung und dann nach Ablauf eines Freijahres 180 bis 190 Mk. Jahresrente zu leisten, die zum Teil in 40 Jahren, zum anderen Teile in 60 Jahren getilgt wird.

Seit einiger Zeit wird der Gedanke einer Zusammenlegung der thüringischen Staaten in der dortigen Landespresse wieder einmal sehr lebhaft erörtert. In der weimarischen Landeszeitung „Deutschland" läßt sich nun auch eine Stimme aus der Jenenser Professorenschaft zu der Frage vernehmen. Und zwar kurz in folgendem Sinn: „Es ist die Pflicht der nationalen Presse, für die Beseitigung der Duodezstaaten einzutreten. Es gilt, durch Staatsverträge vernünftig abgegrenzte Verwaltungsbezirke zu schaffen. Dadurch würde es möglich werden, die Verwaltungskosten, die fast die ganze Steuerkraft dieser Länder verschlingen, ganz bedeutend zu verringern. Die vier Ministerien der ernestinischen Staaten kosten jetzt das Vierfache des Aufwandes für den an Größe und Einwohnerzahl allen zusammen überlegenen preußischen Regierungsbezirk Merseburg, nämlich 800 000 Mark. Man hat immer behauptet, daß in den Kleinstaaten den Forderungen der Kultur ganz besondere Pflege angedeiht. In Wahrheit leiden sie stark unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Den thüringischen Stamm aus der Zurückstellung zu erlösen, in die er durch die politische Zersplitterung geraten ist, darum handelt es sich jetzt in Wirklichkeit." Dazu bemerkt die offiziös angehauchte „M. A. Ztg.": „Die Verhältnisse, aus denen solche Bestrebungen sich entwickelt haben, mögen gewiß unerquicklich sein. Wenn es sich aber in der Hauptsache darum handelt, die Verwaltungskosten zu verringern, so würde sich doch wohl ein Weg finden lassen, der die „Beseitigung der Duodezstaaten" vermeidet. Diese Beseitigung wäre nämlich ohne einen Umbau an den Fundamenten des Reiches nicht möglich. Sie würde also nicht einseitig durch ein Uebereinkommen der beteiligten thüringischen Staaten erfolgen können. Den prägnantesten Ausdruck dieser staatsrechtlichen Sachlage findet man in der Ueberlegung, daß einer thüringischen Union unmöglich im Bundesrat so viel Stimmen zustehen können, als sie einzeln nach der Reichsverfassung haben. Ganz abgesehen davon aber wären doch auch in Thüringen zu viele Widerstände zu überwinden, als daß sich der Gedanke in absehbarer Zeit verwirklichen dürfte. Dagegen wäre die Herbeiführung einer gemeinsamen Verwaltung eine dankbare Aufgabe der nächsten Zukunft. Sie läßt sich ohne Zweifel erreichen. An den staatsrechtlichen Grundlagen des Reichs sollte man aber ohne die zwingendste Not auch in Gedanken nicht rütteln."

Im Deutsch-evangelischen Bunde ist eine Krisis ausgebrochen. Das Organ des Bundes, die „Deutsch-evangelische Korrespondenz", richtet gegen den Vorsitzenden und Begründer des Evangelischen Bundes, D. Witte, den Herausgeber der Monatsschrift des Evangelischen Bundes, heftige Angriffe. D. Witte wird angeklagt, daß er alles angewandt habe, um eine völlige Abschaffung der „Deutsch-evang. Korr." herbeizuführen. Nunmehr scheine D. Witte seinem Ziele nahe zu sein und durch unermüdliches Minieren für die bevorstehende Hamburger Generalversammlung eine Mehrheit für seine Wünsche gewonnen zu haben. Der tiefere Grund dieses Streites scheint darin zu liegen, daß die um die „Deutsch-evangelische Korr." gruppierten Kreise eine liberalere Richtung verfolgten, was besonders im Falle des Pastors Fischer von der St. Markus-Gemeinde in Berlin zu Tage trat, während D. Witte mehr positiven Tendenzen huldigte. Man wird abzuwarten haben, ob die Hamburger Tagung für den Deutsch-evangelischen Bund die Einleitung einer neuen kirchlich mehr positiven Richtung bedeutet.

Nach amtlicher Mitteilung aus Fez wurde der Vertrag für ein deutsches Darlehen von 500 000 Pfund Sterling vom Maghzen unterzeichnet.

Die Hamburger Bürgerschaft hat den Antrag des Senats auf Herstellung eines Werftplatzes für die Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan" angenommen.

Der Korrespondent der „Köln. Ztg." in Paris telegraphiert: Ich erfahre, daß die japanische Regierung in London, Berlin und Paris tatsächlich wegen einer neuen japanischen Anleihe, die zur Umwandlung innerer Schulden hauptsächlich dienen würde, unterhandelt. Die Besorgung des finanziellen Dienstes der japanischen Anleihe wird voraussichtlich der Banque Française in Paris zufallen.

Die Verwaltung des alten Bergarbeiterverbandes in Bochum berichtet, daß laut Abrechnung bei der Kasse des Verbandes für die streikenden Ruhrbergarbeiter 1 841 707 Mark einliefen.

Aus Hannover wird gemeldet: In der Egestorffschen Maschinenfabrik ist es vor einigen Tagen zwischen den Fräsern und der Verwaltung zu Lohnstreitigkeiten gekommen, infolge deren der größte Teil der Fräser die Arbeit einstellte. Es wurden Entlassungen in großem Maße vorgenommen. Die Zahl der Streikenden und Entlassenen beträgt etwa 1000.

Für die Opferwilligkeit der Polen liegt abermals ein glänzender Beweis in einer Mitteilung des „Posener Tageblattes" vor. Nach diesem sind im Jahre 1905 bei dem Aufsichtsrat des polnischen Theaters in Posen an Spenden für dieses Unternehmen eingegangen: 2000 Kronen ungarischer 4prozentiger Rente, 2040 Mk. anatolischer 5proz. Obligationen, 1224 Mk. argentinischer 4proz. Goldrente, 2500 Franken bulgarischer 6proz. Anleihe, 2500 Franken italienischer 5proz. Obligationen, 2500 Rubel Warschauer 5proz. Pfandbriefe, 1905 Mk. Aktien der Bank Ziemski in Posen, 1000 Mk. bulgarischer 6proz. Pfandbriefe, 2000 Franken bulgarischer 6proz. Staatsanleihe, 4000 Mk. argentinischer 4½proz. Anleihe, 1000 Mk. ungarischer 6proz. Pfandbriefe. Vergleicht man mit diesen Spenden, die lediglich zur Erhaltung eines einzelnen polnischen Unternehmens geflossen sind und die den hohen Beisteuern zum Marcinkowski-Verein und zu anderen polnischen Fonds nicht den geringsten Eintrag getan haben, die rund 30 000 Mk., die nach den Quittungen in der „Ostmark" bisher für den vom Deutschen Ostmarken-Verein angesammelten Ostmarkenschatz eingegangen sind, aus dem so viele von dem Polentum bedrängte deutsche Unternehmungen Unterstützungen erwarten, so muß man gestehen, daß die deutsche Opferwilligkeit himmelweit hinter der polnischen zurückbleibt. Hoffentlich regt der Hinweis auf die für das polnische Theater in Posen in diesem Jahre gelieferten Beiträge recht viele einflußreiche deutsche Männer zu neuen Spenden und Sammlungen für den Ostmarkenschatz an.

Oesterreich. Im Abgeordnetenhause haben sich, wie bereits kurz gemeldet, am Mittwoch wüste Szenen zugetragen. Der bekannte Graf Sternberg rief nach der Rede des Ministers v. Gautsch in der Nachmittagssitzung stürmische Szenen hervor und zog sich die allgemeine Entrüstung des Hauses zu. Er hielt eine Rede über die Brünner Exzesse und nahm dabei die Partei der Brünner Tschechen, was heftigen Widerspruch hervorrief. Dann sprach er über die Polen und behauptete, diese hätten es nur ihrem Adel zu danken, daß sie „unter der russischen Knute, der preußischen Pickelhaube und der österreichischen Dummheit nicht zu Grunde gingen". — Wolf rief: „Das hat nicht der polnische Adel gemacht!" — Sternberg erwiderte: „Wenn Sie nicht das Maul halten, bekommen Sie ein Paar Watschen von mir." (Entrüstungsrufe.) — Wolf machte im weiteren Verlaufe der Rede wieder Zwischenrufe und sagte: „Was Sternberg spricht, ist Wurscht!" Da nahm Graf Sternberg ein vor ihm stehendes Wasserglas und warf es Wolf an den Kopf. Das Glas zerbrach und das Wasser übergoß Wolf. Ein Sturm der Entrüstung erstand. Allgemein erschollen die Rufe: „Sternberg hinaus! Er darf nicht weiterreden!" Der Präsident erteilte Sternberg einen Ordnungsruf. Da aber der Lärm andauerte, wußte der Präsident die Sitzung schließen. Nach einstündiger Unterbrechung wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident sprach zunächst sein tiefstes Bedauern über das Vorgehen des Abgeordneten Grafen Sternberg aus und erwartete, daß dieser das Haus um Entschuldigung bitten werde. Er richte aber an das Haus die dringende Bitte, die Redefreiheit nicht zu stören. (Beifall rechts. Stürmische Protestrufe der Deutschen.) Abg. Graf Sternberg, welcher neuerdings das Wort erhielt, sprach dem Hause sein Bedauern darüber aus, daß er in der Notwehr — stürmische Unterbrechungen — sich zu einer unparlamentarischen Handlungsweise habe hinreißen lassen. (Andauernder Lärm.) Sternberg erklärte, seine Handlungsweise sei nur Notwehr gegen den Terroristen des Parlaments gewesen. (Stürmische Entrüstungsrufe, andauernder Lärm.) Der Präsident entzog Sternberg das Wort. Dieser rief, den Präsidenten unterbrechend: Ich appelliere an das Haus. Der Präsident erklärte, der Appell gegen seine in Ausübung der diskretionären Gewalt verfügte Maßregel sei unzulässig. Unter anhaltendem Lärm schloß der Präsident die Sitzung. (Stürmische Pfuirufe der Tschechisch-Radikalen und Tschechen.) Die Abgeordneten blieben noch längere Zeit in großer Erregung im Saale.

Frankreich. Die Internationale Tuberkulose-Vereinigung eröffnete gestern die 4. Tuberkulose-Konferenz in Paris unter dem Vorsitze des Professors Brouardel-Paris. Als Generalsekretär fungierte Professor Dr. Pannwitz-Berlin. An der Konferenz sind 21 Länder beteiligt. Deutscherseits sind die Professoren Dr. Leyden, Dr. Fränkel und Dr. Behring anwesend. Eine Organisation mit dem Sitze der Verwaltung in Berlin wurde durch ein neues Statut einstimmig angenommen.

Norwegen. Die republikanische Agitation wird durch anonyme Komitees geleitet, sie hat aber keinen Erfolg. Die Aufforderung, Protestadressen an das Storthing zu richten, um gegen die Karlstader Verhandlungen zu protestieren, werden wenig beachtet. Vorgestern fand in der Börse in Christiania eine Versammlung von Repräsentanten aller kommerziellen, technischen und Handwerkervereine statt; sie beschlossen einstimmig, eine Adresse an das Storthing zu richten, in der sie die bedenklichen Konsequenzen eines Verfassungsstreites hervorheben, weshalb die Regierung und das Storthing auf Grund des Gesetzes vom 7. Juni, das die Monarchie vorschreibt, darauf bestehen müßten, baldigst Ruhe zu schaffen und zur Königswahl zu schreiten.

Rußland. Die Lage in Baku ist noch immer nicht normal. Die Einwohner fahren fort, sich von Patrouillen begleiten zu lassen. Viele Läden sind geschlossen. Plünderungen und Morde kommen täglich vor.

300 Seminaristen veranstalteten in Woronesch einen Aufzug. Eine Anzahl von Schülern anderer Lehranstalten schloß sich ihnen an, sodaß die Menge auf gegen 1000 Personen anschwoll. Polizei und Kosaken trieben schließlich die Menge auseinander.

Amerika. Der russische Botschafter Baron Rosen und der japanische Gesandte Takahira trafen im Staatsdepartement in Washington zusammen und besprachen die genaue Form der Vollmachten, welche ihnen ihre Kaiser kabeln werden, sobald das Datum für den Austausch der Ratifikationen festgesetzt ist.

In seiner Aussage vor dem Versicherungs-Untersuchungsausschuß sagte der Präsident der New York Life Insurance Company, drei Viertel der Bestimmungen über Versicherungs-Gesellschaften in der Gesetzgebung verschiedener Staaten der Union seien Erpressungsgesetze, durch welche die Leiter der Versicherungs-Gesellschaften in der schlimmsten Weise belästigt würden. Ferner stellte er in Abrede, daß seine Gesellschaft zu gunsten deutscher Staatsangehöriger Ausnahmepreise berechnet hätte, um sich das Geschäft in Deutschland zu erhalten.

Asien. Der „Standard" meldet aus Kalkutta unterm 4. d. Mts.: Die Bewegung der indischen Bevölkerung gegen den Erlaß der Teilung der Provinz Bengalien wächst. Ein Auflauf hat stattgefunden, wobei ein europäischer Inspektor von dem Pöbel gemißhandelt wurde. 17 Personen wurden verhaftet.

Kunst und Wissenschaft.

† Im **Königl. Hoftheater** fand gestern abend die Erstaufführung des dreiaktigen Lustspiels **„Klein Dorrit"** von Franz von Schönthan vor ziemlich gut besuchtem Hause statt. Die Novität, die nur die äußeren Geschehnisse aus dem gleichnamigen Roman von Dickens entlehnt, ohne von des Dichters Geist allzuviel spüren zu lassen, fand eine sehr freundliche Aufnahme, die an den einzelnen Aktschlüssen, vornehmlich nach dem zweiten Aufzug, ein lebhaftes Beifallsecho fand. Das Publikum ließ sich von mancher hübschen Einzelheit, von der und jener in gefälliger Theatermache genrehaft gehaltenen netten Szene gefangen nehmen und übersah mit nachsichtigem Wohlwollen, daß es dem Autor nicht gelungen ist, dem rein epischen Stoff theatralisch wirksam beizukommen, der bei Dickens reich bewegten Handlung ein festes dramatisches Rückgrat zu geben und die Figuren im Sinne des Originaldichters charakteristisch zu färben. Der Dialog ist ziemlich breit und dünnflüssig, die szenische Führung, der zum Ueberfluß allenthalben ein stark sentimentaler Einschlag anhaftet, bisweilen arg verschleppt; im ganzen wenig Dickens und sehr viel Schönthan, aber leider nicht bester Schönthan. — Die Aufführung nahm sich der Novität mit liebevoller Sorgfalt an. Die Herren Fischer und Stahl sind hier mit hoher Anerkennung, Frau Gosun in der Titelrolle mit höchster Auszeichnung zu nennen. Das Renommee Franz von Schönthans, mehr noch die treffliche, teilweise glänzende Darstellung rettete den Abend, von dem morgen nur noch kurz die Rede zu sein braucht. W.

† Königl. Hoftheater. Im Opernhause gelangt heute „Marie, die Tochter des Regiments" zur Aufführung; im Schauspielhause „Klein Dorrit". Die Vorstellungen beginnen ½8 Uhr.

† Im Residenztheater wird heute als zweite Vorstellung der 1. Serie des Operetten-Abonnements die Operette „Waldmeister" von Johann Strauß gegeben; morgen Sonnabend, geht Dreyers historischer Schwank „Das Tal des Lebens" in Szene; Sonntag nachmittag gelangt bei ermäßigten Preisen die Operette „Die Juxheirat" von Lehár zur Aufführung; abends wird „Das Tal des Lebens" wiederholt. Donnerstag, den 19. d. M., beginnt der preußische Hofschauspieler Herr Adalbert Matkowsky sein bis zum 3. November währendes Gastspiel. Der Künstler wird diesmal als Götz in „Götz von Berlichingen" und als Wilhelm Tell auftreten. Bestellungen auf die ersten Vorstellungen werden bereits jetzt entgegengenommen.

† Die ausführlichen Programme der Sinfonie-Konzerte (A- und B-Serie) im Königl. Opernhause finden sich im Inseratenteile unseres heutigen Blattes veröffentlicht. Zum erstenmal gelangt in der A-Serie zur Aufführung: Vorspiel zu „Der Traum ein Leben" (nach Grillparzer) von Felix Draeseke, neue Werke von Boehe („Odysseus"), Suk (Serenade) und Reger (Sinfonietta); von Bruckner hören wir zum erstenmal die 9. Sinfonie und von Mozart (in den Sinfonie-Konzerten der Königl. Kapelle) eine Sinfonia concertante für Violine und Viola. An klassischen und bekannten neuen Werken bringt dieselbe Serie die Beethovenschen Sinfonien Nr. 1 (C-dur), Nr. 8 (F-dur), Nr. 5 (C-moll); Sinfonien von Haydn und Mozart, von Tschaikowsky (Nr. 5, E-moll), Volkmann (Ouvertüre „Richard III.") rc. Die B-Serie verzeichnet an ersten Aufführungen: Pfitzners Ouvertüre zum „Käthchen von Heilbronn"; Bossi (Suite), R. v. Kaskel (Humoreske), Dohnanyi (Sinfonie), Smetanas Ouvertüre zum „Geheimnis", Andreae (Fantasie) und Reinhold Becker (Andante und Scherzo aus der Sinfonie in C-dur). Von den Klassikern sind vertreten: Beethoven mit der Sinfonie Nr. 6 und dem G-dur-Klavier-Konzert; Mendelssohn („Meeresstille und glückliche Fahrt"). Ferner stehen auf dem Programm: Liszts „Mazeppa", Berlioz' „Carneval romain", Richard Strauß' „Ein Heldenleben". Die Solisten der B-Serie wurden bereits genannt.

† Der Geiger Willi Burmester, der zurzeit in Amsterdam weilt, hat sich durch einen Sturz so verletzt, daß er sein Konzert absagen mußte.

† Die Ausstellung künstlerischer Photographien von Ernst Müller (Hahns Nachfolger), die noch immer in hohem Maße das Interesse der Besucher von Emil Richters Kunstsalon (Prager Straße) findet, wird am Sonntag das letzte Mal geöffnet sein, da über die sehenswerte Kollektion bereits anderweitig verfügt ist.

† Man schreibt aus Berlin: Mit einem ganz neuen Genre wird Ernst von Possart demnächst vor das Publikum treten. In Berlin wird er seine neue Idee zum ersten Male ausführen und zwar bei einem Vortragsabend, den er in den letzten Oktobertagen gemeinsam mit dem Schweriner Kammersänger Hermann Gura in der Singakademie veranstaltet. Diese Darbietung wird sich Goethe-Abend nennen und wird die eigenartige Form haben, daß im Verlauf des Abends jede der Goetheschen Dichtungen zunächst im dichterischen Original vorgetragen, also gesprochen, während unmittelbar darauf eine jede (in Vertonung von Schubert, Hugo Wolf, Franz Liszt und Loewe) von Hermann Gura gesungen werden wird. Ein solcher Abend wird auch in Dresden (Gewerbehaus) stattfinden.

† Das Marie Seebach-Stift zu Weimar beging, wie erst jetzt bekannt wird, am 2. Oktober die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Ein Institut wie dieses darf wohl mit mehr Berechtigung als manches andere eine Dezennarfeier begehen, ohne der Jubiläumswut geziehen zu werden. Das Stift wurde bekanntlich von der Schauspielerin Marie Seebach gegründet und war ursprünglich zur Aufnahme von zwölf Insassen bestimmt. Nach dem 1897 erfolgten Tode der Stifterin wurde es von ihrer Schwester und Erbin Wilhelmine Seebach vergrößert, sodaß es jetzt dreißig alten Schauspielern und Schauspielerinnen Aufnahme gewährt. Die Feier bewegte sich in einfachen Grenzen und wirkte gerade deshalb um so sinniger. Nur zwei von den alten Veteranen, die als erste Gäste einzogen, konnten an dem Gedächtnisakt noch teilnehmen: der ehemalige Schauspieler und Regisseur Dr. Julius Frank und der frühere Bassist Thomaczek; die anderen sind alle heimgegangen. Um dieselbe Stunde und an demselben Platz, wo vor zehn Jahren ihre verewigte Schwester das Haus weihte und die ersten Gäste aufnahm, gedachte Wilhelmine Seebach der Stifterin und der ganzen zehnjährigen Vergangenheit. Sodann sprach der Vorsitzende des Kuratoriums, Bürgermeister Dr. Donndorf zu den Insassen des Stifts, während Oberbürgermeister Geheimer Regierungsrat Pabst an die hohen Verdienste des entschlafenen Großherzogs Karl Alexander um das Zustandekommen des Stiftsprojekts erinnerte. Unter anderen sprachen noch der erste Vorsitzende des Kuratoriums, General v. Franke, worauf die Insassen beiderlei Geschlechts in Erinnerung einstiger Bühnenherrlichkeit sich durch Deklamationen und Vorträge betätigten. Die Feier bewies, daß noch keiner und keine der alten Bühnenveteranen den Humor und die Künstlerlaune verloren, — auch das hat das Seebach-Stift zuwege gebracht!

† „Deutsches Museum" in München. In der Ausschuß-Sitzung des Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaften und der Technik, an der Prinz Ludwig von Bayern, Ministerpräsident von Podewils und der Kultusminister teilnahmen, wurde beschlossen, den Namen des Museums abzuändern in „Deutsches Museum". Die Eröffnung des provisorischen Museums findet im Herbst 1906 statt. Für den auf 7 Millionen veranschlagten Neubau hat der Magistrat der Stadt München 1 Million genehmigt unter der Bedingung, daß 2 Millionen das Reich, weitere 2 Millionen die deutsche Industrie und der bayerische Staat aufbringen. Die bayerische Regierung hat sich zur Erfüllung der Bedingung bereit erklärt.

† Die Stadt Worms will als Nibelungen-Denkmal einen Rosengarten mit plastischen Gestalten und Gruppen, die das alte germanische Heldentum verkörpern sollen, anlegen. Um Vorschläge zu dieser Anlage zu erhalten, wird ein Wettbewerb unter den Künstlern mit Frist bis zum 1. Februar 1906 vom Wormser Rosengarten-Ausschuß ausgeschrieben. Drei Preise von 500, 250 und 125 Mark sind ausgesetzt. Die Wettbewerbsunterlagen sind gegen Einsendung von 4 Mark vom Rosengarten-Ausschuß in Worms, Schloßplatz 6, zu beziehen.

† Victorien Sardous jüngste Bühnendichtung, soeben vollendet und für das Pariser Théâtre des Variétés bestimmt, wird uns auf der deutschen Bühne in einer Bearbeitung von Oskar Blumenthal begegnen. Eine bezügliche vertragsmäßige Vereinbarung ist soeben zu stande gekommen. Es war Sardous besonderer Wunsch, daß Blumenthal diese Uebertragung und Bearbeitung besorgt. Ist doch eines der erfolgreichsten Sardouschen Lustspiele, „Cyprienne", ein Werk, das nach 25 Jahren heute noch auf unseren Bühnen sehr lebendig ist, von Oskar Blumenthal bearbeitet worden. Das Recht der Aufführung von Sardous jüngstem Werk hat für die deutschen Bühnen Direktor Lautenburg erworben.

Während des Druckes eingegangene

Neueste Drahtmeldungen.

Berlin. In der außerordentlichen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation unter Vorsitz des Oberbürgermeisters wurde einstimmig beschlossen, das Schreiben der Großen Berliner Straßenbahn, betreffend die bekannten neuen Projekte, dahin zu beantworten, daß die geplanten Unternehmungen nach Möglichkeit gefördert werden sollen, sofern sie nach Prüfung der noch nicht vorliegenden Einzelpläne eine Verbesserung darstellen und ausführbar sind. Hingegen lehnt die Deputation die Erteilung einer neuen Konzession auf 90 Jahre und eine gleichlange Verlängerung der bestehenden Konzession ab. Die Deputation verlangt vor dem Eintritt in die Verhandlungen über eine Vertragsänderung, daß die Straßenbahn vertragsmäßig das Recht der Stadt auf Uebernahme des gesamten Unternehmens im Jahre 1929 anerkenne.

Wien. Das Abgeordnetenhaus begann die Beratung der Dringlichkeitsanträge betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Mehrere Redner traten dafür ein. Kramarcz (Tscheche) widersprach der Behauptung, daß durch das allgemeine Wahlrecht die Deutschen im Parlament in den Hintergrund gedrängt werden könnten. Daszynski (Sozialist) griff Ministerium und Dynastie an. Weiterberatung morgen.

Wien. Die Blättermeldungen von Einstürzen im Wocheiner Tunnel werden amtlicherseits als unbegründet bezeichnet.

Christiania. Das Storthing nahm den Antrag betr. die Aenderung des Paragraphen 112 der Verfassung an, wonach ein Weg geschaffen wird, auch in der dritten Session des Storthings den Antrag auf Verfassungsänderung einzubringen, sodaß die Abänderung von dem nächsten Storthing angenommen werden könne. Der Minister Michelsen hatte die Annahme des Antrages empfohlen mit dem Hinweis auf die etwaige Notwendigkeit einer Verfassungsänderung nach Anerkennung der Selbständigkeit der Länder.

SLUB
Wir führen Wissen.